

Kantonsrat

Parlamentsdienste

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch*

Medienmitteilung

SOGEKO informiert sich über Schliessung der Klinik Allerheiligenberg

Solothurn, 5. Februar 2010 – Heftige Diskussionen gab es in der kantonsrätlichen Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrates (SOGEKO) wegen der von der Solothurner Spitäler AG beabsichtigten Schliessung der Klinik Allerheiligenberg per Ende 2010. Die SOGEKO will, dass der Regierungsrat einen Zeitplan vorlegt und die Strategie aufzeigt. Mit grosser Mehrheit folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrates, die Volksinitiative für ein vernünftiges Rauchverbot ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die geplanten Unterstützungsmassnahmen für strukturell schwache Gemeinden hiess sie gut.

Die Information zur geplanten Schliessung des Allerheiligenberg führte in der Kommission zu Diskussionen. Anlass waren hauptsächlich die Sorge um die Zukunft der anderen kleineren Standorte (Grenchen, Dornach) sowie die Frage, was mit den nicht mehr benötigten Gebäuden weiter geschehen soll. Der Regierungsrat und die Direktion der Solothurner Spitäler AG wurden beauftragt, an der nächsten Sitzung klare Auskunft zur geplanten Strategie und dem vorgesehenen Zeitrahmen zu geben. Es ist die erklärte Absicht von Kommissionspräsident Peter Brügger, die Schliessungsfrage an der nächsten SOGEKO-Sitzung abschliessend zu behandeln, um so bei einem allfälligen Referendum eine baldige Volksabstimmung zu ermöglichen.

Einig war sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder, dass die Volksinitiative "für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot" weder aus gesundheitspolitischer noch aus wirtschaftlicher Sicht Sinn macht und unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrates, die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Volksinitiative will für kleine Gastwirtschaftsbetriebe die Möglichkeit schaffen, Raucher-Restaurationsbetriebe und bediente Fumoirs zuzulassen. Verschiedene Kommissionsmitglieder zeigten ein gewisses Verständnis für das Anliegen der Initianten. Es wurde aber auch der Wunsch nach einer einheitlichen Regelung in der ganzen Schweiz geäußert.

Die vom Regierungsrat geplanten Unterstützungsmassnahmen für strukturell schwache Gemeinden im Kanton Solothurn wurden von der Kommission gutgeheissen und dem Antrag zur deren Umsetzung zugestimmt. Mit der vom Regierungsrat beantragten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Gemeindegesetzes können strukturell schwache Gemeinden Sanierungsbeiträge sowie eine finanzielle Unterstützung im Falle von Gemeindefusionen erhalten.